

Fraktion Grüne und Unabhängige

Kreistag des Landkreises Heidenheim
Frank Schied, Fraktionsvorsitzender

Heidenheim, 12. November 2018

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

ich habe gerne die neue Aufgabe in unserer Fraktion übernommen und bringe unsere Perspektive zum vorliegenden Haushaltsplan 2019 ein.

Der Plan beruht auf der aktuell sehr günstigen Konjunktur verbunden mit hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen.

Doch das wird nicht so bleiben – wir müssen uns schon jetzt auf eine andere Situation einstellen. So wie bei uns in der Natur auf jede Trockenzeit Regen folgt – dies gilt hoffentlich auch zukünftig - so folgt dem Konjunktur-Hoch das Tief. Dabei hält unsere Hoch-Phase schon lange an.

Ein nachhaltiger Haushalt muss diese Entwicklungen berücksichtigen.

Dieser Haushalt und insbesondere die weitere mittelfristige Finanzplanung werden dem nicht gerecht.

Die vorgesehenen Investitionen von knapp 12 Mio. € werden neben der Abschreibung von 4 Mio. - mit 8 Mio. neuen Darlehen finanziert. Wenn Nettoinvestitionen voll fremdfinanziert werden müssen, dann befinden wir uns im Grenzbereich. An Grenzen kommt der Haushalt auch bei der Liquidität, wenn ab 2019 gerade noch die gesetzliche Mindestliquidität oberhalb von 3 Mio. € erreicht wird.

Diese Gratwanderung streben die Bürgermeister im Landkreis für ihre eigenen Gemeinden so nicht an. Eine jährliche Schuldensteigerung um ca. 10 Mio. € und eine Verdoppelung innerhalb von drei Jahren, so wie sie für die nächsten Jahre hier skizziert ist, kann kein guter Weg in die Zukunft sein.

Natürlich wissen wir, dass ein Großteil der Investitionen in unserem Kreis-Klinikum stattfindet.

Nachdem Sie Herr Landrat bei der Haushaltseinbringung das Thema Klinik nochmals ausführlich erläutert haben, hoffen wir, dass in der Öffentlichkeit der Ernst der Lage nun bewusst ist.

Die Investitionen sind dringend erforderlich, um eine Sanierung im bautechnischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Sinn zu erreichen. Hier ist die gute Investitionsförderung des Landes sehr hilfreich.

Der wirtschaftliche Druck entsteht durch die unzureichende Entlohnung von vielen Leistungen der Klinik, wie z.B. der Notfallversorgung. Die Vorgaben dazu werden auf Bundesebene beschlossen. Ob das letzte Woche vom Bundestag verabschiedete Pflegestärkungsgesetz wirklich einen Vorteil für unsere Klinik bringt, muss sich erst noch zeigen.

Auf der Einnahmen-Seite sind wir im Kreishaushalt auf die Zuweisungen von Land und Bund angewiesen. Und diese zwei bestimmen mit ihren Gesetzesvorgaben genauso stark die Ausgaben-Seite. Deshalb sind diese gefordert auch entsprechende Mittel bereitzustellen.

Bei den Einnahmen soll die eigene Kreisumlage bei konstantem Hebesatz mit 65 Mio. € nur unwesentlich mehr wie in 2018 bringen.

Erfreulich ist, dass bei der Grunderwerbsteuer mit einer halben Million mehr für den Landkreis in 2019 gerechnet werden kann. Letzte Woche im Landtag haben sich einige Fraktionen für eine Senkung der Grunderwerbsteuer ausgesprochen, die für uns nachteilig wäre. Nur die grüne Fraktion hat sich klar für die Beibehaltung des derzeitigen Satzes von 5 % ausgesprochen und eingeräumt, dass für den Ersterwerb von Wohneigentum Begünstigungen sinnvoll wären.

Schauen wir nun auf die weiteren Aufgaben im Jahr 2019 und darüber hinaus: Die Transferaufwendungen im Sozialbereich müssen wir als ständige Daueraufgabe immer im Blick haben – obwohl es hier keine einfachen Lösungen gibt. Wenn in der Jugendhilfe eine Senkung der jährlichen Steigerungsrate der Ausgaben von 10 auf 5 Prozent als Erfolg angesehen werden kann, wird deutlich, welche kritische Dynamik dieser Bereich hat.

Aufgrund des insgesamt engen finanziellen Korsetts und den wichtigen gesetzten Aufgaben wie in unseren beruflichen und sonderpädagogischen Schulen sind die Spielräume für eine Gestaltung sehr eng. Wo können wir hier effektiv noch ansetzen?

Das Jahr 2018 hat weiteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die tiefe Einsicht vermittelt, dass der Klimawandel harte Realität ist.

Deshalb sollten wir unser gesamtes politisches Handeln auch im Landkreis Heidenheim vor diesem Hintergrund sehen. Hier gibt es bei uns konkrete Handlungsfelder und Ansätze:

- Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss weiterentwickelt werden und in der Fläche unserer ländlichen Gemeinden können Rufbus- und Ruftaxi-Modelle eine bedarfsgerechte Ergänzung bieten. Erfreulich ist, dass wir den Einstieg in den Einsatz

von Elektro-Bussen in Kooperation mit unseren örtlichen Unternehmen geschafft haben.

- Alternativen zum individuellen Verkehr müssen gefördert werden – hier ist das neu aufgelegte Job-Ticket für das Personal des Landratsamtes ein passendes Angebot. Wir hoffen, dass dies viele annehmen.
Daneben ist die im Landratsamt vorgesehene Beschaffung von Elektro-Dienst-KFZ ein lobenswerter Schritt.
- Elektro-Mobilität brauchen wir genauso für unsere Brenzbahn. Die Elektrifizierung muss im Zusammenhang mit dem teilweise zweigleisigen Ausbau geplant und möglichst auch umgesetzt werden – die Synergieeffekte sollten hier genutzt werden. Herr Landrat – wir danken Ihnen für Ihren engagierten Einsatz für kurz-, mittel- und langfristige Verbesserungen auf der Brenzbahn.
- Ein wichtiges Aufgabenfeld wurde von Ihnen, Herr Landrat, dagegen bei der Einbringung nicht angesprochen – die Verbesserung der Radwegverbindungen. Die Umsetzung des Radschnellwegs Heidenheim-Aalen liegt noch in weiter Ferne und sollte mit den Nutzern gut abgestimmt werden. Mittel für eine Potentialanalyse sind im Haushalt bereitgestellt.
Statt nur auf diesen Weg zu warten, sollten wir in allen Gemeinden die örtliche Radweg-Situation laufend weiter verbessern. Die gesamte Brenztal-Strecke südlich und nördlich von HDH ist bereits heute in der RADNetz-Konzeption des Landes enthalten und wird entsprechend unterstützt. Gerade für eine gute und sichere Durchquerung von Orten – insbesondere Heidenheim – muss noch einiges getan werden. Ergänzend sollten unsere Fachleute im Landratsamt wie bisher kleine Verbesserungen des Radverkehrs angehen und die vorgesehenen Maßnahmen des Landes in der Ausführung unterstützen – aktuell bei Ballmertshofen und zum Vogelherd sowie nachfolgend von Anhausen auf die Alb.
- Um umweltfreundlich Wege einzusparen, ist besonders bei uns im ländlichen Raum der Breitbandausbau mit Glasfaser bis ins Haus eine strategisch wichtige Maßnahme. Dies vermindert auch den Druck auf den Wohnungsmarkt im städtischen Bereich und lastet vorhandene Infrastruktur sinnvoll aus.
Bei der aktuell anstehenden Vergabe der 5-G-Mobilfunk-Lizenzen besteht die Gefahr, dass dieselben Fehler wie beim Breitband-Ausbau gemacht werden. Die großen Konzerne picken sich die vielen Rosinen heraus und in unserem Kreis verbleiben viele unterversorgte Gebiete.
Unsere Leistungen im Kreis für den Großraum Stuttgart mit Trinkwasser, erneuerbarer Energie und Naturschutz werden dagegen nicht honoriert – bei der Infrastruktur fordern wir als Gegenleistung die gleichwertige Versorgung.
- Die kleine Unterstützung aus Stuttgart für unsere Bio-Muster-Region sehen wir als Anerkennung für die langjährigen Leistungen unserer Landwirtsfamilien und dem Netzwerk von örtlicher Verarbeitung, Vermarktung und der Verbraucherschaft. Es

besteht jetzt die Chance mit Unterstützung dieses weiter auszubauen und damit die regionalen Kreisläufe zu stärken und den Beitrag der Landwirtschaft zur Biodiversität weiter zu erhöhen.

- Viele der bisher genannten Aufgabenfelder finden sich in unserer Klimaschutzkonzeption – dazu erwarten wir von unserem hauseigenen geförderten Klima-Manager weitere Impulse. Die Sanierung der kreiseigenen Immobilien ist für uns ein wichtiges Arbeitsfeld.
- Zum Abschluss gehe ich kurz auf den vorliegenden Wirtschaftsplan 2019 unseres Abfallwirtschaftsbetriebes ein. Dieser Plan ist wie unser Kreishaushalt auf der Basis der aktuellen Konjunktur mit Wachstum aufgebaut. Anstelle von Konsumfreude sollten wir uns alle darauf konzentrieren Abfälle zu vermeiden - insbesondere den Plastikabfall – und entsprechende Aktionen durchführen. Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises engagieren, dann können wir auch zukünftig die Gebühren auf dem niedrigen Niveau halten.
- Zum Ende danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich hier bei der Planung des neuen Haushaltes – insbesondere Ihnen Herr Fuchs - und insgesamt in allen unseren Einrichtungen engagieren – und Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Frank Schied,
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen und Unabhängige